

[archive.ph](#)

# Ukraine und Russland: Das geheime Dokument, das den Krieg hätte beend...

12–14 Minuten

---

Wenige Wochen nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine hätte es eine friedliche Lösung geben können. Das geht aus einem Vertragsentwurf hervor, den beide Kriegsparteien bis zum 15. April 2022 ausgehandelt hatten. WELT AM SONNTAG liegt das Dokument im Original vor. Demnach einigten sich Kiew und Moskau weitgehend auf Bedingungen für ein Ende des Krieges. Nur wenige Punkte blieben offen. Diese sollten von Wladimir Putin und Wolodymyr Selenskyj bei einem Gipfeltreffen persönlich verhandelt werden – zu dem es aber nie kam.

Unmittelbar nach Kriegsausbruch begannen russische und ukrainische Unterhändler miteinander über ein Ende der Feindseligkeiten zu verhandeln. Während die Welt und die Ukrainer unter Schock des russischen Überfalls standen, versuchte Moskau die Kapitulation Kiews am Verhandlungstisch zu erreichen.

Nach dem zunehmenden Erfolg der Ukraine auf dem Schlachtfeld rückte [Russland](#) sogar von seinen Maximalpositionen ab. Die Gespräche mündeten schließlich in den ersten direkten Verhandlungen in Istanbul unter der Vermittlung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan Ende März. Die Bilder von dem Treffen am Bosphorus weckten global die Hoffnungen auf ein schnelles Ende des Krieges.

Tatsächlich begannen beide Seiten danach einen Vertragsentwurf aufzusetzen.

Lesen Sie auch



**welt+** OSZE-Bericht

Einigkeit bestand über die Grundzüge des Friedens. So verpflichtete sich die Ukraine laut Artikel 1 des Vertragsentwurfs zu „permanenter Neutralität“. Damit verzichtete Kiew auf jegliche Mitgliedschaften in einer militärischen Allianz. Ein Nato-Beitritt des Landes wäre damit vom Tisch gewesen. Aus den 13 Unterpunkten des ersten Artikels geht hervor, wie weitreichend die Neutralität definiert war.

So erklärte sich das Land bereit, niemals Atomwaffen „zu erhalten, produzieren oder zu erwerben“, keine ausländischen Waffen und Truppen im Land zu erlauben und seine militärische Infrastruktur, inklusive Flugplätze und Seehäfen, keinem anderen Land zur Verfügung zu stellen.

Проект по состоянию на 15.04.2022 (12.15)  
Отправлен Президенту РФ 15 апреля 2022 г.

*Позиция РФ, не согласованная УС*

*Позиция УС, не согласованная РФ*

*Вопросы, которые УС отказывается обсуждать,  
ссылаясь на их отсутствие в «Стамбульском коммюнике»*

### **Договор о постоянном нейтралитете и гарантиях безопасности Украины**

Великобритания, КНР, Российская Федерация, США, Французская Республика, (*Республика Беларусь, Турецкая Республика*), являющиеся гарантами безопасности Украины как постоянно нейтрального государства (Государства-гаранты), и Украина, далее именуемые Сторонами,

ссылаясь на декларацию о государственном суверенитете Украины от 16 июля 1990 года и, в частности, на то, что в этой Декларации Украина торжественно провозгласила намерение стать в будущем постоянно нейтральным государством, которое не принимает участия в военных блоках и придерживается трех неядерных принципов: не принимать, не производить и не приобретать ядерное оружие,

будучи убеждены в том, что закрепление на международно-правовом уровне постоянного нейтралитета Украины является неотъемлемой частью долгосрочной цели поддержания международного мира и безопасности, в том числе на региональном уровне,

договорились о нижеследующем:

### Статья 1

1. Украина обязуется поддерживать свой постоянный нейтралитет, который провозглашается и закрепляется в Конституции Украины.

2. Государства-гаранты признают, уважают и гарантируют статус Украины как постоянно нейтрального государства, а также обязуются обеспечить соблюдение данного статуса на международном уровне.

3. Во исполнение пункта 1 настоящей Статьи Украина как постоянно нейтральное государство обязуется:

а) не осуществлять деятельность, которая будет противоречить международно-правовому статусу постоянного нейтралитета;

*Die erste Seite des 17-seitigen Entwurfs mit dem Titel „Vertrag über die permanente Neutralität und Sicherheitsgarantien für die Ukraine“*

Quelle: \*

Überdies verzichtete Kiew darauf, Militärübungen mit ausländischer Beteiligung abzuhalten und sich an jeglichen militärischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Einer EU-Mitgliedschaft Kiews stand laut Artikel 3 des Dokuments aber ausdrücklich nichts im Wege.

Im Gegenzug sicherte Russland zu, die Ukraine nicht noch einmal anzugreifen. Damit sich Kiew dessen sicher sein könne, erklärte sich Moskau einverstanden, dass die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, USA, Großbritannien, Frankreich, China und Russland selbst, der Ukraine umfassende Sicherheitsgarantien aussprechen

können. In Artikel 5 des Vertragsentwurfs vereinbarten Kiew und Moskau einen Mechanismus, der an die Nato-Beistandsklausel erinnert.

## Recht auf Selbstverteidigung

Im Fall eines „bewaffneten Angriffs auf die Ukraine“ würden sich die Garantistaaten verpflichten, Kiew innerhalb von höchstens drei Tagen bei seinem in der UN-Charta verbrieften Recht auf Selbstverteidigung zu unterstützen. Dieser Beistand könne in einer „gemeinsamen Aktion“ aller oder einzelner Garantiemächte erfolgen. Dieser Vertrag hätte laut Artikel 15 in jedem Unterzeichnerstaat ratifiziert werden sollen, um völkerrechtliche Verbindlichkeit zu garantieren.

### ***Brisantes Dokument – „Russland und die Ukraine waren einer Friedenslösung sehr nah“***

*Recherchen von WELT-Außenpolitik-Redakteur Gregor Schwung zeigen: Es gab Friedensverhandlungen über Zoom zwischen Russland und der Ukraine. Wenige Wochen nach dem russischen Einmarsch hätte es eine friedliche Lösung geben können, sagt Gregor Schwung bei WELT TV.*

*Quelle: WELT TV / Carsten Hädler*

Damit hatten beide Seiten einen Mechanismus ausgearbeitet, der sich deutlich vom Budapester Memorandum von 1994 unterscheidet. Damals hatte Russland der Ukraine schon einmal ihre territoriale Integrität zugesichert. Westliche Staaten hatten Kiew im Fall eines Angriffs ihren Beistand in Aussicht gestellt, jedoch nicht garantiert.

Allerdings hätten die Sicherheitsgarantien, die im Frühjahr 2022 auf dem Tisch lagen, in einem zweiten Schritt noch der Zustimmung der USA, Chinas, Großbritanniens und Frankreichs bedurft. Russland wollte zudem Belarus einbeziehen, Kiew die Türkei. Erstes Ziel der Verhandler in Istanbul war jedoch, Einigkeit zwischen Kiew und Moskau

herzustellen, um den Text als Grundlage für multilaterale Verhandlungen zu nutzen.

Lesen Sie auch



**welt+ USA**

Das erfolgte offenbar auf Bestreben der Ukraine, um zu zeigen, dass sich Russland auf einen Schutzmechanismus nach Nato-Vorbild einlassen würde. Tatsächlich konnte sich die Ukraine hier mit ihren Vorstellungen gegenüber Moskau durchsetzen. Die Formulierung im Vertragsentwurf gleicht in weiten Teilen der im sogenannten Istanbul-Kommuniqué. Das ist ein zweiseitiges Dokument, von dem WELT AM SONNTAG eine Abschrift vorliegt.

Darin legte die Ukraine vor dem Treffen der Unterhändler am 29. März 2022 in Istanbul unter Vermittlung des türkischen Präsidenten Erdogan ihre Forderungen dar. Im Anschluss an die Gespräche setzten die Delegationen beider Länder in Verhandlungen, die online geführt wurden, den Vertragsentwurf vom 15. April auf.

Darin geht aus Artikel 8 hervor, dass die Krim und der Hafen Sewastopol von den Sicherheitsgarantien ausgenommen wird. Damit gestand Kiew Russland faktisch die Kontrolle der Halbinsel zu. Die ursprüngliche ukrainische Forderung, der ein Passus im Istanbul-Kommuniqué gewidmet wurde, dass der Status der Krim innerhalb der nächsten zehn bis 15 Jahre in Verhandlungen zu klären sei, fand sich im Vertragsentwurf nicht wieder.

Offen bleibt im Dokument, welcher Teil der Ostukraine vom

Schutzversprechen der Garantistaaten ausgenommen werden sollte. Die betreffenden Stellen wurden in roter Schrift markiert. Aus dem Istanbul-Kommuniqué geht hervor, dass Kiew einverstanden gewesen wäre, Teile der Oblaste Donezk und Luhansk auszunehmen, die Russland bereits vor Kriegsausbruch kontrolliert hatte. Die russische Delegation beharrte dagegen darauf, dass die Festlegung der Grenzen von Putin und Selenskyj persönlich vorgenommen und auf einer Landkarte eingezeichnet wird.

Das lehnte die ukrainische Delegation ab. Kiew forderte festzuhalten, wo die Grenze nach ukrainischer Lesart verläuft. Ein weiteres Problem: Russland forderte, dass im Angriffsfall alle Garantistaaten zur Aktivierung des Beistandsmechanismus zustimmen mussten. Das hätte Moskau ein Vetorecht eingeräumt, um den Schutzmechanismus auszuhebeln. Zudem lehnte Moskau die ukrainische Forderung ab, dass die Garantistaaten im Angriffsfall eine Flugverbotszone über der Ukraine einrichten konnten.

Zwar signalisierte Russland in den Verhandlungen die Bereitschaft zu einem Rückzug aus der Ukraine, allerdings nicht von der Krim und jenem Teil des Donbass, der von den Sicherheitsgarantien ausgenommen werden soll. Details über den Abzug sollten die Staatschefs direkt besprechen. Das bestätigten zwei ukrainische Verhandler WELT AM SONNTAG unabhängig voneinander.

Lesen Sie auch



**welt** US-Hilfen für Kiew

Ebenfalls ungelöst war die Frage nach der künftigen Größe des ukrainischen Militärs. Kiew ging teilweise auf die russische Forderung einer Demilitarisierung ein. Laut „Anhang 1“ forderte Moskau, dass Kiew seine Armee auf 85.000 Soldaten reduziert – derzeit dienen etwa eine Million. Die Ukraine bot eine Truppenstärke von 250.000 Soldaten an.

Auch bei der Anzahl des militärischen Geräts gingen die Vorstellungen auseinander. So forderte Russland, die Zahl der Panzer auf 342 zu reduzieren, Kiew wollte bis zu 800 behalten. Die Zahl der gepanzerten Fahrzeuge wollte die Ukraine nur auf 2400 reduzieren, Russland forderte einen Verbleib von nur 1029.

Bei den Artilleriegeschützen war die Differenz ebenfalls groß. Moskau sah 519 vor, Kiew 1900. Von Mehrfachraketenwerfer wollte Kiew 600 mit einer Reichweite von bis zu 280 Kilometern behalten, nach Russlands Vorstellungen hätten es 96 mit einer Reichweite von maximal 40 Kilometern sein sollen. Mörser sollten nach dem Willen Russlands auf 147 Stück und Panzerabwehraketten auf 333 reduziert werden, nach Kiews Willen auf 1080 respektive 2000.

Zudem sollte die ukrainische Luftwaffe dezimiert werden. Moskau forderte einen Verbleib von 102 Kampfflugzeugen und 35 Hubschraubern, Kiew bestand auf 160 Jets, und 144 Hubschrauber. Kriegsschiffe sollten es nach russischen Vorstellungen zwei sein, nach ukrainischen acht.

Lesen Sie auch



**welt+** Abwehr von Drohnen und Raketen

Auch wenn zentrale Punkte offen blieben, zeigt der Vertragsentwurf, wie

nah man an einem möglichen Friedensschluss im April 2022 war. Die verbleibenden Streitpunkte hätten Putin und Selenskyj im persönlichen Gespräch ausräumen sollen. Aber nach dem aussichtsreichen Gipfel in Istanbul stellte Moskau nachträgliche Forderungen, denen Kiew nicht zustimmte.

Sie sind in dem Dokument in kursiver Schrift vermerkt. Demnach forderte Russland, die russische Sprache zur zweiten Amtssprache in der Ukraine zu machen, gegenseitige Sanktionen aufzuheben, Klagen vor internationalen Gerichten fallen zu lassen. Auch sollte Kiew „Faschismus, Nazismus und aggressiven Nationalismus“ gesetzlich verbieten lassen.

Wie WELT AM SONNTAG von mehreren an den Verhandlungen beteiligten Diplomaten erfuhr, war das Interesse an einer Lösung im Frühjahr 2022 groß. Russland hatte sich nach dem Scheitern seines Vormarschs auf Kiew aus dem Norden der Ukraine zurückgezogen und kündigte an, sich auf Gebietseroberungen im Osten konzentrieren zu wollen. Die Ukraine konnte unter größten Kraftanstrengungen seine Hauptstadt verteidigen, Lieferungen von schweren westlichen Waffen waren noch nicht in Aussicht.

### **„Der beste Deal, den wir hätten haben können“**

Selbst nach mehr als zwei Jahren Krieg erscheint der Deal im Nachhinein immer noch vorteilhaft. „Das war der beste Deal, den wir hätten haben können“, sagte ein Mitglied der damaligen ukrainischen Verhandlungsdelegation zu WELT AM SONNTAG. Die Ukraine ist seit Monaten in der Defensive und erleidet schwere Verluste. Rückblickend war die Ukraine damals in einer stärkeren Verhandlungsposition als jetzt. Hätte man den verlustreichen Krieg nach rund zwei Monaten beenden können, hätte das unzähligen Menschen das Leben gerettet und viel

Leid erspart.

Aus Artikel 18 des Vertragsentwurfs geht hervor, dass die Verhandler damals davon ausgingen, dass die beiden Staatschefs das Dokument noch im April 2022 unterzeichnen würden. Zumindest einen Anhaltspunkt, warum sich Putin und Selenskyj nie zu dem erhofften abschließenden Friedensgipfel trafen, gab der ukrainische Verhandlungsführer David Arakhamia in einem TV-Interview im November 2023.

Demnach ist der damalige britische Premierminister Boris Johnson am 9. April nach Kiew gereist und habe gesagt, dass London „nichts“ mit Putin unterschreiben würde – und die Ukraine die Kämpfe fortsetzen solle. Zwar wies Johnson diese Behauptung später zurück. Der Verdacht liegt jedoch nahe, dass der Vorschlag, in Absprache mit Russland Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu geben, zu diesem Zeitpunkt bereits gescheitert war. Diese hätte die Ukraine aber gebraucht, um sich gegenüber Russland in Zukunft abzusichern.

**Dieser Text ist aus der WELT AM SONNTAG. Wir liefern sie Ihnen gerne regelmäßig nach Hause.**

[Jetzt bestellen](#)



